

Jenseits von Gier und Größenwahn – Falsche Verteilung und Privatisierung führen in die Finanzkrise

Jörg Huffs Schmid (10.2.2009) Für: FR v. 25.2.2009

PolitikerInnen aus aller Welt zeigen sich entschlossen, aus der Finanzkrise Lehren zu ziehen: Alle Finanzmärkte, ihre handelnden Personen und Produkte, alles soll lückenlos reguliert und Banker und Spekulanten an die kurze Leine genommen werden. In Zukunft soll es unmöglich sein, dass Gier, Größenwahn und Regulierungslücken die Welt in Chaos zu stürzen.

Dies ist das Programm der Bundesregierung, der EU, der USA und der G20. Im April soll es dazu einen Gipfel geben. Dort sollen die Regulierungslücken geschlossen werden, die dadurch entstanden seien, dass die Finanzmärkte sich internationalisiert haben und die Finanzaufsicht nicht mitgekommen sei. Das habe die wilde weltweite Spekulation erst möglich gemacht, die jetzt zusammengebrochen ist. Um Ähnliches künftig zu verhindern muss die Regulierung jetzt lückenlos gemacht werden. Regulierungslücken jetzt geschlossen werden.

In der Tat: Wenn auf dem Gipfel beschlossen würde, die Märkte transparenter zu machen, den Handel mit Krediten einzuschränken und short selling gar ganz zu verbieten, wären das schon wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Allerdings stellt die Fixierung auf die Regulierungslücken die Zusammenhänge auf den Kopf. Es ist ja nicht so, dass die Finanzmärkte der Politik vorausgeeilt sind und diese sich zwar bemüht hat, aber das Tempo nicht halten konnte, deshalb in einen Rückstand gekommen ist, den es jetzt aufzuholen gilt. Im Gegenteil: Die Politik hat den Spekulanten die Türen weit geöffnet, indem sie bestehende Regulierungen gelockert oder abgeschafft hat. Sie hat politische Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs beseitigt. Sie hat durch „Basel 2“ die Finanzaufsicht weitgehend privatisiert und den Banken überlassen. In Deutschland dürfen die hochspekulativen Hedgefonds erst seit 2004 in Deutschland vertrieben werden, nachdem die Regierung und Parlament ihnen im dritten (!) Finanzmarktförderungsgesetz den roten Teppich ausgerollt hatte.

Wenn das jetzt revidiert wird und die Finanzmärkte unter stärkere Kontrolle kommen, ist das wichtig und gut. Aber es schafft den Druck nicht aus der Welt, der Banken und andere Finanzakteure dazu getrieben hat und ohne weitergehende politische Eingriffe auch in Zukunft dazu treiben wird, immer riskantere und abenteuerliche Strategien einzuschlagen. Wo kommt dieser Druck her?

Es ist der „Druck der Anleger!“, deren Finanzvermögen immer weiter zunimmt und Renditen erwartet. Diese auf dem traditionellen Weg der Produktion von Wert und Mehrwert zu erzielen wird immer schwieriger, weil die produktiven Investitionsmöglichkeiten langsamer wachsen als das Finanzvermögen. In dieser Lage bieten sich die Finanzinvestoren als Dienstleister an, die versprechen, das Finanzvermögen gewinnbringend anzulegen. Sie konkurrieren um das Geld der Eigentümer dieser Vermögen, und sie sind umso erfolgreicher, je höhere Renditen sie beschaffen.

Woher aber kommt die enorme Anhäufung von Finanzvermögen? Sie speist sich vor allem aus zwei Quellen: erstens der seit 30 Jahren anhaltenden Umverteilung von Einkommen. Oben kommt immer mehr Geld an, das nicht wieder produktiv re-investiert wird – eben weil unten zu wenig Geld bleibt, um zusätzliche Güter und Dienste zu kaufen. Zweitens führt die zunehmende Privatisierung der Alterssicherung dazu, dass Versicherungsbeiträge, die früher unmittelbar an die RentnerInnen ausgezahlt wurden, jetzt erst für ein paar Jahrzehnte auf den Kapitalmärkten angelegt werden. Umverteilung, Privatisierung und Liberalisierung, die zum

Aufstieg eines des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus geführt haben, sind Ausdruck langfristiger Verschiebungen wirtschaftlichen Reichtums und politischer Macht zugunsten einer kleinen Elite von Konzernen und reichen Familien, in deren Auftrag die Finanzinvestoren agieren.

Wer langfristig stabile Finanzmärkte schaffen will, muss also nicht nur Banker bekehren oder notfalls disziplinieren. Auch die Beschränkung der Spekulation durch Finanzmarktreforemen ist wichtig, reicht aber nicht aus. Langfristige Stabilisierung muss die Verteilungsverhältnisse zugunsten der Masseneinkommen verändern und die Alterssicherung dem Kapitalmarkt entziehen. Statt den Druck der Finanzmärkte immer wieder aufs Neue mühsam einzudämmen, sollte Politik darauf abzielen, diesen Druck gar nicht erst entstehen zu lassen.